

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Matthias Seestern-Pauly, Katja Suding, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Markus Herbrand, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Pascal Kober, Alexander Müller, Frank Müller-Rosentritt, Bernd Reuther, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Frank Sitta, Judith Skudelny, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Michael Theurer und der Fraktion der FDP**

### **Häusliche Gewalt gegen Kinder während der Corona-Pandemie**

Im Zuge der Kontaktbeschränkungen während der Corona-Pandemie mehren sich die Anzeichen, dass häusliche Gewalt gegen Kinder zunimmt (<https://www.tagesspiegel.de/politik/gewalt-gegen-kinder-in-der-corona-krise-verletzungen-wie-bei-autounfaellen/25834490.html>).

Auch Äußerungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dass „[...] sich Befürchtungen bestätigen, wonach im Zuge der Ausgehbeschränkungen und Quarantänemaßnahmen mit einer Zunahme an Gewalt gegen Kinder und Jugendliche zu rechnen ist“ (vgl. oben), sind für die Fragesteller Anlass, die Bundesregierung nach deren Erkenntnissen und Maßnahmen im Bereich der häuslichen Gewalt gegen Kinder zu befragen.

Auch die teilweise Schließung von stationären Einrichtungen der Jugendhilfe und die damit verbundenen Gefährdungssituationen von Kindern und Jugendlichen sind ein Grund, nach den Bestrebungen der Bundesregierung für ein koordiniertes Vorgehen in der Kinder- und Jugendhilfe während bestehender Kontaktbeschränkungen und Pandemiemaßnahmen zu fragen (<https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-haeusliche-gewalt-jugendaemter-1.4899381>).

Die Anzeichen für vermehrte Gewalt gegen Kinder im Zuge von Kontaktbeschränkungen sind auch aus anderen europäischen Ländern bekannt (<https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-04/haeusliche-gewalt-coronavirus-ausgangssperre-kinder-traumatisierung>). Für die Fragesteller ist daher ebenfalls von Interesse, welche Erkenntnisse die Bundesregierung aus den Erfahrungen der europäischen Partnerländer zieht.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Auswirkungen der Kontaktbeschränkungen während der Corona-Pandemie auf die Zahl von Fällen gegen Kinder gerichteter häuslicher Gewalt vor?
2. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Entwicklung der Nachfrage bei an Kinder und Jugendliche gerichteten Sorgentelefonen (z. B. Kinderschutzhotline) oder Chatberatungen während der Kontaktbeschrän-

kungen vor (bitte nach Angebot aufschlüsseln sowie Vergleichsdaten für den Vorjahreszeitraum angeben)?

3. Welche Erkenntnisse aus dem europäischen Ausland auf die Entwicklung von Fällen gegen Kinder gerichteter häuslicher Gewalt während der Kontaktbeschränkungen während der Corona-Pandemie liegen der Bundesregierung vor?
4. Welche Austauschformate mit den europäischen Partnern nutzt die Bundesregierung, um über Erkenntnisse und Strategien im Bereich der häuslichen Gewalt gegen Kinder zu beraten?
5. Welche Rückmeldungen und Stellungnahmen von Betroffenen und Verbänden über die Auswirkungen der Kontaktbeschränkungen während der Corona-Pandemie auf die Zahl von Fällen gegen Kinder gerichteter häuslicher Gewalt haben die Bundesregierung erreicht?
6. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu Schließungen von Einrichtungen des stationären Jugendwohnens aufgrund von Pandemie-Bestimmungen vor (bitte nach Bundesland und Dauer der Schließung aufschlüsseln)?
7. Welche Gespräche hat die Bundesregierung mit Vertretern der Länder, Vertretern der Jugendämter, Vertretern von Frauenhäusern und Trägern der Jugendhilfe geführt, um über Auswirkungen und Maßnahmen der Kontaktbeschränkungen während der Corona-Pandemie zu beraten?

Welche Handlungsbedarfe hat die Bundesregierung als Resultat dieser Gespräche identifiziert?

8. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung während der Kontaktbeschränkungen während der Corona-Pandemie durchgeführt, um eine adäquate Betreuung von Kindern in problematischen familiären Verhältnissen sicherzustellen?
9. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in der 19. Wahlperiode bislang ergriffen, um die Strukturen zur Prävention von gegen Kinder gerichteter häuslicher Gewalt zu stärken?

Berlin, den 29. Juli 2020

**Christian Lindner und Fraktion**